

Berlin, den 28. April 2003

## **Beschluss des Bundesvorstandes vom 28. April 2003**

### **Die außenpolitischen Interessen Deutschlands:**

#### **Stabilität durch Partnerschaft und Vertrauen**

Frieden, Freiheit und Sicherheit in Deutschland und Europa ist das überragende Ziel deutscher Außenpolitik. Die Chancen und Risiken zunehmender Globalisierung, die wachsende Komplexität transnationaler Beziehungen und die Bedrohungen durch Internationalen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und zerfallende Staaten verlangen nach außenpolitischer Klarheit und Führungskraft. Die Bundesregierung hat in kürzester Zeit jahrzehntelang bei unseren Partnern und Verbündeten aufgebautes Vertrauen verspielt.

Die Welt hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges verändert. Für unser Land ergeben sich neue Handlungsspielräume, aber auch neue Anforderungen, die es dringend nötig machen, sich wieder über die grundlegenden außenpolitischen Interessen Deutschlands bewusst zu werden und davon die wesentlichen Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik abzuleiten.

Dabei sind die innere und äußere Sicherheit unseres Landes, die Achtung der Menschenrechte und die Förderung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltiger Entwicklung überall in der Welt die wertebezogene Grundlage allen außenpolitischen Handelns.

Vor allen Dingen aber muss Vertrauen in uns als Partner wieder unentbehrliches Kapital deutscher Politik werden. Deutsche Außenpolitik muss verlässlich und berechenbar sein. Sie darf sich nicht am kurzzeitigen innenpolitischen Erfolg, sondern muss sich an den langfristigen Interessen unseres Landes orientieren.

1.

Europa und Amerika bilden eine Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft. Hieraus erwächst eine gemeinsame Verantwortung für das Wohlergehen der Menschen und eine stabile Weltordnung.

Europäische Einigung und atlantische Partnerschaft sind zwei Seiten einer Medaille, untrennbar miteinander verbunden. Ihre Verbindung hat die Wiedererlangung der deutschen Einheit und die Überwindung des Eisernen Vorhangs ermöglicht. Europäische Integration und atlantische Partnerschaft müssen Grundaxiom deutscher Außenpolitik bleiben, da sie in ihrem Zusammenwirken auch künftig für Stabilität und

Sicherheit in ganz Europa sowie bei unseren Verbündeten unverzichtbar sein werden.

Ein funktionierendes Miteinander über den Atlantik hinweg ist zudem die tragfähigste Basis, um unserer gemeinsamen Verpflichtung als Teil des Westens nachzukommen, ärmere Länder und Regionen in einer Weise zu unterstützen, die ihre Entwicklung unter Bewahrung ihrer kulturellen Identitäten ermöglicht, sowie um die nachhaltige Nutzung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Verantwortung für künftige Generationen zu sichern. Beides ist unverzichtbare Voraussetzung für eine stabile Ordnung und liegt somit in unserem eigenen vitalen Interesse.

Die Politik der doppelten Integration ist ohne realistische Alternative. Pazifismus, Isolationismus, Unilateralismus und nationale Sonderwege sind die falsche Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Sie machen unsere Welt unsicherer und ermutigen Terroristen, Fundamentalisten sowie autoritäre und totalitäre Regime jeder Art. Versuche, in fahrlässiger Weise von diesem Weg abzuweichen, eine eher national bestimmte, weniger auf Integration zielende Politik zu betreiben, einen „deutschen Weg“ zu gehen oder neue „Achsen“ zu schmieden, führen in die Irre und schaden den fundamentalen Interessen unseres Landes. Die von der Illusion neuer deutscher Gestaltungsfreiheit getragene Politik der Bundesregierung hat zu einer tiefen Krise im europäischen Einigungsprozess und in der NATO geführt und die atlantische Partnerschaft beschädigt. Sie trägt ein hohes Maß an Verantwortung für die verhängnisvolle Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen im Irak-Konflikt.

## 2.

Der europäische Einigungsprozess muss weiter vertieft werden. In einer globalisierten und komplexer werdenden Welt sind deutsche Interessen am besten in einem starken, politisch einigen und handlungsfähigen Europa aufgehoben.

Die europäische Einigung garantiert Stabilität und Sicherheit in ganz Europa. Die gegenwärtige Osterweiterung der EU ist ein epochales Ereignis, mit dem die künstliche Trennung unseres Kontinents überwunden wird. Für Deutschland und Europa ist der Beitritt der mittel-, ost- und südosteuropäischen Nachbarn Zukunftsinvestition und Zukunftssicherung und deshalb das zentrale Projekt, in dem sich die europäische Handlungs- und Zukunftsfähigkeit bewähren muss. Dabei erfordert die Erweiterung von der Union eine einzigartige wirtschaftliche und politische Integrationsleistung.

Diese und zukünftige Schritte, die die Einheit des Kontinents vollenden sollen, bedingen auch ein gemeinsames Verständnis von der Identität Europas, seinen durch das gemeinsame Erbe bestimmten Charakter als Schicksalsgemeinschaft und seine Grenzen. Nur eine baldige, intensive Diskussion dieser Fragen wird es der erweiterten Union ermöglichen, ein klares, enges und langfristig tragfähiges Verhältnis zu ihren künftigen Nachbarn zu definieren. Das gilt auch für die unumkehrbare Anbindung Russlands an die europäischen und transatlantischen Strukturen, die zentrale Aufgabe gemeinsamer europäischer und amerikanischer Politik bleiben muss.

Die deutsch-französische Freundschaft bleibt essentiell für die europäische Einigung und die transatlantische Zusammenarbeit. Sie darf jedoch nicht zu einer Ausgrenzung oder Geringschätzung anderer Mitgliedstaaten der Union führen. Deutsch-

land und Frankreich müssen wieder zu einer Art der Verständigung über zentrale Politikbereiche gelangen, die die Anliegen der anderen Partner in EU und Nato mitberücksichtigt und jeden Anschein von Dominanz vermeidet. Es liegt seit jeher in unserem Interesse, nicht zwischen Washington, Paris, London oder Warschau wählen zu müssen und uns auch als Anwalt der kleineren Partner in einer Europäischen Union und in einer Nato zu verstehen, in der sich jeder angemessen ernst- und wahrgenommen fühlen kann.

3.

Amerika bleibt unser Freund und Partner. Die Gemeinschaft gründet auf einem weltweit einzigartigen Fundament gemeinsamer Werte, vergleichbarer Zivilgesellschaften sowie dem gemeinsamen Streben nach internationaler Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten, individueller Freiheit und Marktwirtschaft. Die Europäische Union und die USA sind weltweit die mit Handel und Investitionen am stärksten verflochtenen – und damit auch am weitesten aufeinander angewiesenen – Wirtschaftsräume.

Auch das erweiterte Europa muss wesentlicher Teil der atlantischen Partnerschaft bleiben. Daher ist jeder Versuch, Europa gegen die USA zu einen, zum Scheitern verurteilt. Wer Europa gegen Amerika positionieren möchte, spaltet es. Ein starkes und einiges Europa, das sich im eigenen Interesse als atlantischer Partner versteht, vermag zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen, vor denen der Westen steht, in weit bedeutenderem Maße beizutragen. Insofern ist die Stärkung von Europa und der atlantischen Partnerschaft auch das beste Mittel, um unilaterale Vorgehensweisen zu vermeiden.

Wer Unilateralismus vermeiden will, muss auch multilaterale Strukturen wirksam stärken. Wer aber für multilaterale Strukturen eintritt, muss angemessene Beiträge leisten können. Und wer möchte, dass sich Weltsicherheitsrat, NATO und EU gerade in Krisensituationen als handlungsfähig bewähren, muss selbst glaubwürdig handlungswillig sein. Fähigkeiten und Durchsetzungswillen sind Bedingung der tatsächlichen Autorität multilateraler und supranationaler Organisationen und Allianzen.

4.

Europa muss mittelfristig seine eigene Sicherheit schützen und gemeinsam mit den Vereinigten Staaten an der Gestaltung einer besseren Weltordnung mitwirken können. Dazu braucht Europa die politischen und militärischen Handlungsoptionen, die seiner Größe, seinem Potential, seiner Verantwortung und seinen Interessen entsprechen.

Das Scheitern Europas im Zusammenhang mit der Irak-Krise unterstreicht die dringende Notwendigkeit, eine gemeinsame Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, die diesen Namen auch verdient. Entscheidend für das Gelingen einer Europäischen Außenpolitik bleibt aber letztendlich der tatsächliche Wille der Europäer, das Gemeinsame den spezifischen Interessen zuzuordnen. Voraussetzung dafür ist die Wiedererlangung gegenseitigen Vertrauens. Da die Bundesregierung maßgeblichen Anteil an den gegenwärtigen Spaltungen in Europa hat, sollte sich Deutschland ohne Vorbehalte dem Wiederaufbau dieser Vertrauensbasis verschreiben.

Um das Zustandekommen gemeinsamer europäischer außenpolitischer Entscheidungen zu erleichtern, sollten diese künftig nach Möglichkeit mit Mehrheit getroffen werden. Die Mitgliedstaaten sollten sich verpflichten, in internationalen Fragen nicht mit einseitigen nationalen Festlegungen zu operieren, bevor die EU ihrerseits Gelegenheit zur Festlegung eines europäischen Standpunktes hatte. Dies gilt auch für die gemeinsame Positionsfindung der Europäer im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Um zu einer echten Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gelangen, müssen zunächst die in Helsinki 1999 vereinbarten Leitziele im vollen Umfang verwirklicht werden. Zudem sollte in den EU-Verfassungsvertrag auch eine Beistandsklausel aufgenommen werden, wonach die EU-Staaten mit allen der Union zur Verfügung stehenden Mitteln einem Mitgliedstaat Unterstützung leisten für den Fall, dass er Ziel eines terroristischen Anschlages ist. Darüber hinaus sollte eine Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand im Verfassungsvertrag aufgenommen werden, der derjenigen des WEU-Vertrages entspricht. Die weitere Entwicklung der ESVP mit gemeinsamer Rüstungsagentur und integrierten militärischen Fähigkeiten als Teil eines Prozesses, an dessen Ende langfristig die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee stehen muss, sollte nicht exklusiv auf einige wenige Staaten beschränkt sein, sondern allen EU-Mitgliedstaaten offen stehen, die sich an dieser Politik beteiligen wollen.

## 5.

Nur gemeinsam mit Amerika kann Europa den neuen Bedrohungen für seine Sicherheit wirksam begegnen. Insofern bleibt für die Aufrechterhaltung der Sicherheit Deutschlands und Europas die NATO unverzichtbar. Die transatlantische Partnerschaft kann ihrer Aufgabe jedoch nur gerecht werden, wenn sie sich kontinuierlich an die sich wandelnden Umstände und Herausforderungen anpasst. Zur Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen brauchen Europa und Amerika eine gemeinsame globale Agenda. Die NATO muss sich den neuen Gefahren stellen, die sich für die Sicherheit ihrer Mitglieder aus zunehmender Instabilität in den europäischen Nachbarregionen, aus wachsendem internationalen Terrorismus, aus zusammenbrechenden Staaten und aus Massenvernichtungswaffen in den Händen unverantwortlicher politischer Führer ergeben. Hierzu benötigt sie eine umfassende politische Strategie gegenüber den neuen Bedrohungen und moderne militärische Fähigkeiten. Die Bedeutung der Nato als Kernstück der Sicherheit des transatlantischen Raums ist nach dem 11. September 2001 nicht zurückgegangen, sondern gestiegen.

Amerika und Europa müssen sich im gegenseitigen Interesse und angesichts der Herausforderungen auf einen zukunftsweisenden, gemeinsamen Sicherheitsbegriff einigen, der - ähnlich dem Harmel-Bericht der Nato aus dem Jahre 1967 - eine zweigleisige Strategie umfasst: Über die Kernfunktion der Verteidigung und des Schutzes des Bündnisgebiets sowie die Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus und Massenvernichtungswaffen hinaus sollte die Allianz zu einer breiteren politischen Gestaltungsaufgabe finden und gegenüber unseren Nachbarregionen des Nahen Ostens, des Persischen Golfs und Zentralasiens ihre Bereitschaft anbieten, durch Dialog und Zusammenarbeit einen eigenen Beitrag zur regionalen Stabilisierung zu leisten.

6.

Eine derartige Rolle wird die Nato als transatlantische Allianz von Demokratien nur einnehmen können, wenn die Partner ihren Verpflichtungen des Gipfels von Prag nachkommen, insbesondere dem Aufbau der geforderten Fähigkeiten zur Schließung der eklatanten technologischen Lücken innerhalb des Bündnisses, die sich inzwischen zu einer Gefährdung des militärischen Zusammenhalts der Atlantischen Allianz ausgeweitet hat. Der baldigen Einsatzbereitschaft der in Prag beschlossenen Nato Response Force (NRF) muss in diesem Zusammenhang oberste Priorität zukommen. Sie ist die Konsequenz aus der bereits mit dem neuen strategischen Konzept von 1999 begonnenen Bedrohungsanalyse und der damit einhergehenden Bereitschaft der Nato, einen Beitrag zu einer globalen Ordnung zu leisten. Das Zustandekommen der NRF ist insofern Nagelprobe für die Fähigkeit der Allianz, sich ein Instrument aufzubauen, das unsere Sicherheitsinteressen in Anbetracht der konkreten Risiken zu wahren vermag.

Bündnisfähigkeit setzt für Deutschland eine am tatsächlichen Aufgabenspektrum und insbesondere an den Bedürfnissen von Nato und Europäischer Verteidigungsidentität ausgerichtete Reform der Bundeswehr voraus. Während die finanzielle und materielle Ausstattung der Bundeswehr im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich verschlechtert wurde, nahm die Zahl der Auslandseinsätze stetig zu. Im Vergleich der traditionellen NATO-Staaten liegt die Bundesrepublik Deutschland vor Luxemburg an zweitletzter Stelle bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Verteidigung. Dies gefährdet die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen und die Sicherheit unserer Soldaten. Die Verteidigungsausgaben müssen mittelfristig an den Durchschnitt der traditionellen NATO-Staaten angeglichen werden. Vor allem müssen die Lücken in den technologischen Fähigkeiten auch zu einigen europäischen Nato-Mitgliedern wieder verkleinert werden, was sich in Forschung und Beschaffung auszuwirken hat.

7.

Auch in Deutschland muss endlich eine strategische Debatte über die Frage geführt werden, welches die neuen Herausforderungen und Risiken aus der veränderten weltpolitischen Lage für unsere Sicherheit sind. Eine realistische Analyse der heutigen und zukünftigen Bedrohungen mit abgestimmten Schlussfolgerungen, mit welchen Strategien, militärischen Fähigkeiten und Strukturen unsere Sicherheit gewährleistet werden kann, ist Voraussetzung für die Wahrnehmung außenpolitischer Verantwortung. NATO und ESVP bieten dafür die richtigen und notwendigen Konsultationsrahmen.

Die Fragen, die der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie zugrunde liegen, müssen auch von uns aufgenommen und beantwortet werden. Sicherheit kann heute nicht mehr wie im Kalten Krieg durch auf gegenseitige Vernichtungsfähigkeit gegründete Abschreckung gewährleistet werden. Da heute Bedrohungen für alle Teile der Welt aus Staaten mit zerfallender Ordnung und von transnational operierenden Terrororganisationen und deren möglicher Verfügung über Massenvernichtungswaffen ausgehen können, erweisen sich die Prinzipien der staatlichen Souveränität, territorialen Integrität und das völkerrechtliche Interventionsverbot als alleinige Ordnungsparameter zunehmend problematisch. Weil Recht auf Selbstverteidigung einschließlich Nothilfe und Interventionsverbot zur Sicherung von Frieden und Stabilität nicht mehr ausreichen, muss das Völkerrecht behutsam weiterentwickelt wer-

den. Wenn dabei der Souveränitätsbegriff an Ordnungskraft verliert, wird die Legitimation durch völkerrechtlich geregelte Entscheidungsverfahren noch wichtiger. In diesem Sinne haben wir großes Interesse daran, dass die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen ebenso gestärkt wird, wie der Prozess der Verrechtlichung internationaler Beziehungen vorangetrieben werden muss. Dazu gehören auch geeignete Reformen der für Frieden und Sicherheit zuständigen Strukturen der Vereinten Nationen, die insbesondere das zentrale Problem der ständigen Legitimation und Handlungsfähigkeit des Weltsicherheitsrates und der übrigen Gremien (der UN-Menschenrechtskommission!) lösen müssen.

Es muss alles daran gesetzt werden, die UNO und insbesondere den Weltsicherheitsrat nicht durch Uneinigkeit und Achsenbildung zu schwächen. Europäische und transatlantische Geschlossenheit können maßgeblich dazu beitragen, dass die Vereinten Nationen aus der gegenwärtigen Krise gestärkt hervorgehen.

8.

Aufgrund unserer Geschichte haben wir eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Diese Verantwortung muss sich im Einsatz für eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes sowie bei unserem Verhältnis zur arabischen und muslimischen Welt bewähren. Unsere Beziehungen zur islamischen Welt sind von besonderer Bedeutung für die Beherrschbarkeit und den Abbau aktueller Spannungen. Unser traditionell gutes Verhältnis zur Türkei und zu arabischen Gesellschaften, aber auch die Tatsache, dass Europa zur Heimstadt einer wachsenden Zahl von Muslimen geworden ist, sollte uns verpflichten, anderen Kulturen mit Respekt gegenüber zu treten. Das gute Verhältnis sollte zugleich dazu genutzt werden, uns für Freiheit, Menschenrechte und die Förderung der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt einzusetzen. Angesichts des hohen Veränderungsdrucks in dieser Region liegt es in unserem eigenen Interesse, einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Menschen dort eine würdevolle Perspektive haben und ihnen der Anschluss an die Globalisierung gelingt.

Europa hat in Jahrhunderten mit großen Opfern und Irrtümern Erfahrungen gesammelt in der Fähigkeit, mit den Mitteln des Rechts Religionsfreiheit zugleich als Raum für Glaubensüberzeugung und Toleranz zu betrachten. Diese Erfahrungen müssen in einem offenen und von gegenseitigem Respekt bestimmten Dialog mit anderen Kulturen fruchtbar gemacht werden. Einen guten Ansatzpunkt hierfür bieten die Abkommen der EU mit Drittstaaten, die neben wirtschaftlichen Aspekten zunehmend auch politische Kooperation beinhalten. Diese sollte durch einen verstärkten Austausch auch über sicherheitspolitische Fragen – von Nichtverbreitung über vertrauensbildende Maßnahmen bis hin zu Abrüstung – im Rahmen der Konsultationsmechanismen von EU und Nato ergänzt werden.

9.

So sehr eine internationale Ordnung für Stabilität und Friedenssicherung auf die Fähigkeit und Bereitschaft zur Durchsetzung nicht verzichten kann, so wenig reichen hierfür allein militärische Mittel aus. Eine ebenso wichtige Rolle kommt Konzepten und Bemühungen zur politischen Konfliktlösung und Prävention, einem wirksamen und umfassenden Regime von Rüstungskontrolle und Abrüstung, nachhaltiger Entwicklung und einem weltweiten Dialog zu, der Respekt für unterschiedliche kul-

turelle und religiöse Identität wahrt und zugleich auf der Verbindlichkeit von Toleranz und grundlegenden Menschenrechten besteht.

Menschenrechtsverletzungen müssen überall auf der Welt unseren prinzipiellen Widerspruch erfahren. Eine selektive Betrachtungsweise schadet unserer Glaubwürdigkeit und verwässert unsere Urteilsfähigkeit über den Stand demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, auch wenn es sich um Großmächte wie China oder Russland handelt. Darüber hinaus verleitet sie zur inakzeptablen Vernachlässigung und impliziten Tolerierung von jahrelangem schwerem Leid und Vergehen in vermeintlich peripheren Konfliktregionen, wie der der Großen Seen im zentralen Afrika.

Die Globalisierung muss als Chance begriffen werden, die die Menschen weltweit von internationaler Verflechtung profitieren lässt. Da Globalisierungsverweigerung gerade in weniger entwickelten Regionen letztlich zu mehr Armut führt, ist das Heranführen der betroffenen Gesellschaften an die Vorteile der wirtschaftlichen Vernetzung – unter Berücksichtigung der Ungleichzeitigkeit der Entwicklungsstadien - eine der wichtigsten Aufgaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wobei sich die Entwicklungshilfe an den Prinzipien der Hilfe zur Selbsthilfe orientieren muss. Wir setzen deshalb hohe Erwartungen auf die nächste WTO-Runde. Auch zwischen den USA und Europa sollten die alte Idee einer transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ein globales Verständnis von Ökologie muss das Prinzip nachhaltiger Entwicklung mit der Begrenztheit von Ressourcen verbinden. Deshalb müssen nationale Alleingänge, etwa in der Energiepolitik, ausgeschlossen und Lösungen angestrebt werden, die einen steigenden Energieverbrauch noch weniger entwickelter Länder ökologisch verkraftbar erhalten. Das schließt eine Politik ein, die den Zugang zur Energieversorgung weltweit sichert und den Missbrauch von Monopolen bekämpft. Globalisierung bedeutet insofern Marktöffnung und faire Wettbewerbschancen für noch geringer entwickelte Länder. Der Prozess vertiefter weltweiter Arbeitsteilung muss Raum für unterschiedliche Entwicklung und Bewahrung von Identität lassen. Nur so werden wir es schaffen, gravierende Destabilisierungsprozesse etwa durch steigende Massenmigration zu vermeiden.

10.

Deutschland wird seine außenpolitischen Interessen nur dann wirksam wahren können, wenn es seine wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt. Derzeit belasten unsere ungelösten innerstaatlichen Struktur- und Wachstumsprobleme auch die Volkswirtschaften unserer Nachbarn und gefährden den wirtschaftlichen Erfolg Europas. Deregulierung unseres Arbeitsmarktes, Abbau lähmender Überbürokratisierung, Zukunftsfähigkeit sichernde Reformen der sozialen Sicherungssysteme auch angesichts der demographischen Entwicklung, Konzentration auf Bildung und Forschung mit dem Anspruch, weltweit in die Spitzengruppe zurückkehren zu wollen, Stärkung auswärtiger Kulturpolitik, auch eine wieder aktiv zu gestaltende Außenwirtschaftsförderung – all dies ist in doppelter Weise mit unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit verknüpft: Ohne wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit wird unser Einfluss marginalisiert - und umgekehrt, eine Gesellschaft, die Wohlstands- und Erfolgsmüdigkeit ausstrahlt, also der Versuchung zur Introvertiertheit nachgibt, die wird die Neigung stärker ausbilden, sich an Besitzstände zu

klammern, notwendige Innovation zu verweigern und in ihrem außenpolitischen Engagement erlahmen.

Angesichts der veränderten Herausforderungen, denen unser Land gegenübersteht, können wir unsere Interessen nur wahren, wenn angemessene Mittel für Auswärtige Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Der Anteil der Mittel für Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungspolitik ist seit Anfang der 90er Jahre von über 20 Prozent am Bundeshaushalt auf unter 12 Prozent zurückgegangen. Die Korrektur dieser Entwicklung verlangt Führungskraft zur Durchsetzung und den Mut, hierzu das durch mehr Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit Erwirtschaftete zu verwenden, bzw. bei Gewohntem in anderen Politikbereichen Einschränkungen vorzunehmen.

Voraussetzung dafür wiederum ist ein Verständnis für die Notwendigkeit eines verstärkten außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Engagements in der Öffentlichkeit. Insofern muss die Vermittlung eines entsprechenden Bewusstseins auch prioritäre Aufgabe von Medien und der Träger der politischen Bildung werden.

Deutschland braucht einen umfassenden Politikwechsel, der angesichts einer realistischen Betrachtung von Chancen und Herausforderungen internationale Verantwortung in europäischer und atlantischer Partnerschaft verlässlich verbindet und damit das Vertrauen in unsere Außen- und Sicherheitspolitik zurückgewinnt.